

5. Reaktion der CDU-Bundestagsabgeordneten aus meinem Wahlkreis auf meine Argumente: Ausführlicher und sehr aufschlussreicher Schriftwechsel zwischen der Abgeordneten und mir:

Bevor ich den Schriftwechsel in der Originalversion wiedergeben, möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es teilweise zwar etwas schwere Kost ist, aber nur so erkennbar wird, wie sich viel zu oft Politiker verhalten, wenn sie argumentativ mit ihren unhaltbaren Positionen in die Enge getrieben werden. Hieran wird beispielhaft deutlich, was schief läuft. Zumeist vernachlässigen auch die öffentlich-rechtlichen Sender genau jene kritischen Punkte zum Euro sowie zur EU oder sie werden nur in Magazinsendungen wie ‚Plusminus‘ zumindest teilweise dargelegt. Leider schaffen es diese Erkenntnisse dann nicht oder nur sehr unvollkommen in reichweitenstarke Talkshows oder gar in die Nachrichtensendungen.

Ein besonders krasses Beispiel der Diskursverweigerung der von mir angeschriebenen Politikerin will ich hier zu Beginn kurz beispielhaft im Kern wiedergeben:

Eine meiner Fragen lautete:

„Glauben Sie wirklich an Privatisierungserlöse in Griechenland in Höhe der von Ihnen wie Herrn Schäuble veranschlagten 50 Milliarden Euro und wenn ja, auf welchen Finanzwissenschaftler bzw. wissenschaftliche Studie beziehen Sie sich?“

Diese Frage, bei welcher es darum ging, wie realistisch die Annahme von Privatisierungserlösen in Griechenland in Höhe von 50 Milliarden Euro sind, wurde von der Angeschriebenen gar nicht beantwortet, sondern sie schrieb einfach nur, dass das Ziel dieser Erlöse vereinbart worden sei und wie diese dann verteilt werden sollten. Ich bat zudem darum, auch nur einen Finanzwissenschaftler zu nennen, der die genannte Größenordnung für realistisch hält.

Hierauf gab es ebenfalls keine Antwort!

Letztlich hat sich herausgestellt, dass genau das eintrat, was ich sowie alle Ökonomen von Anfang an erwartet hatten: Es wurde nur ein winziger Bruchteil jener Summe erzielt!

Nun die wörtlichen Auszüge aus dem Schriftwechsel zwischen Frau Lezius, MdB für den Wahlkreis Bad Kreuznach / Birkenfeld der CDU und mir zum dritten Hilfspaket für Griechenland aus dem Jahr 2015:

Anschreiben 1 vom 16. Juli 2015:

Sehr geehrte Frau Lezius,

ich bin selbständiger Unternehmer im Bildungsbereich aus dem Landkreis Bad Kreuznach, Autor und Verleger von Lehrbüchern für Schüler, Auszubildende sowie Studenten und arbeite seit mehreren Jahren eng mit der IHK sowie namhaften Unternehmen wie Michelin oder KHS zusammen. Zudem betreue ich Schüler verschiedener Schulen des Landkreises im Rahmen von mir im Auftrag der IHK konzeptionierter Seminare in den Bereichen Mathematik und Wirtschaft.

Darüber hinaus engagiere ich mich ehrenamtlich auf vielfältige Weise im Bildungsbereich (z.B. Mathematik-Wettbewerb des Landkreises, Arbeitsgemeinschaften mit Schülern / Auszubildenden / Studenten) usw.). Im Zuge der genannten Arbeitsgemeinschaften habe ich mit Schülern in den letzten Jahren mehrere Frageaktionen zu unterschiedlichen Themen organisiert, so beispielsweise auch zur letzten Europawahl: Uns haben unter anderem sehr ausführlich David McAllister (CDU-Spitzenkandidat), das Büro von Martin Schulz (SPD) oder der SWR geantwortet.

Zurzeit betreue ich wiederum eine Wirtschafts-AG mit Schülern, wobei natürlich auch das Thema 'Griechenland / Euro' zur Sprache kommt:

Ich warne bereits seit vielen Jahren vor den Konstruktionsfehlern des Euro und seit 2010 vor einer verfehlten Rettungspolitik vor allem gegenüber Griechenland, welche deutsches Steuergeld verbrennt und Griechenland nicht langfristig weiterhilft. Der Euro ist schlicht eine zu starke Währung für dieses Land aufgrund seiner mangelnden Wettbewerbsfähigkeit. In verschiedenen Veröffentlichungen (unter anderem auch im Internet) habe ich die ökonomischen wie politischen Aspekte teilweise ausführlich dargelegt und unter anderem sehr positive Reaktionen erfahren: z.B. Prof. Hans-Werner Sinn oder auch von Ihrem Kollegen Herrn Willsch.

Nun sollen also Verhandlungen über ein weiteres Hilfspaket aufgenommen werden, wenn u.a. der Deutsche Bundestag dem zustimmt. Ich bitte Sie hiermit, gegen die Aufnahme solcher Verhandlungen zu stimmen:

Nach den Statuten des ESM, welcher nun für ein solches Hilfsprogramm in Anspruch genommen werden soll, muss die Schuldentragfähigkeit des Programmlandes als unabdingbare Voraussetzung gegeben sein. Dies ist aber bei Griechenland ganz sicher nicht der Fall, denn niemand kann ernsthaft erwarten, dass Griechenland seine Schulden bedienen oder gar zurückzahlen wird können; so auch eine Einschätzung der IWF. Wenn nun einem solchen Programm unter Inanspruchnahme von Mitteln des ESM der Weg geebnet werden würde, handelte es sich um einen weiteren offenkundigen Rechtsbruch in der langen Euro- / Griechenland Rettungspolitik.

Neben rechtlichen und ökonomischen Gründen, die gegen ein drittes Hilfspaket für Griechenland sprechen, kommen noch weitere politische Aspekte hinzu. So hat der griechische Ministerpräsident Herr Tsipras mehrfach öffentlich in seinem Parlament erklärt, dass dieses Hilfspaket gegen seinen Willen vor allem von Deutschland Griechenland aufgezwungen worden sei und er nicht hinter diesem stehe. Deutschland hilft mit Milliarden, die wir niemals wiedersehen werden und muss sich zum Dank dafür auch noch beschimpfen lassen. Und es ist absehbar, dass bei zukünftig auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Griechenland immer wir Deutschen die Buhmänner – trotz aller Milliardenhilfen der Steuerzahler unseres Landes! – aus griechischer Sicht sein werden.

Der Euro in seiner derzeitigen Form wird immer mehr zum Spaltpilz Europas mit Deutschland als Buhmann, trotz aller Milliardenhilfen. Dies wird durch die absehbaren auch ökonomischen Verwerfungen der eingeschlagenen sogenannten 'Rettungspolitik' weiter verstärkt werden, weil im Euroraum Ökonomien zusammengebunden sind, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie auch kulturelle Traditionen viel zu unterschiedlich sind, als dass sie zusammenpassen würden.

Mit dem Festhalten an dieser sogenannten 'Rettungspolitik' wird auch vieles von der Zukunft der jungen Menschen aufs Spiel gesetzt, die ich betreue:

Es wird deutsches Steuergeld verbrannt, es werden Recht und Verträge gebrochen und es werden viele positive Errungenschaften des Europäischen Einigungswerkes gefährdet.

Bitte stimmen Sie als Bundestagsabgeordnete gegen die Aufnahme von Verhandlungen für ein drittes Hilfspaket für Griechenland vor allem auch im Interesse der jungen Menschen in Deutschland wie Europa.

Mit freundlichen Grüßen

Antwort des Büros von Frau Lezius zum dritten Hilfspaket für Griechenland, in welchem ihre nachfolgend zu Protokoll gegebene Erklärung vom 17. Juli 2015 beigefügt war. Dieses Schreiben wurde vielen Bürgern zugeleitet, die zuvor Frau Lezius diesbezüglich angeschrieben hatten und / oder im Verteiler waren und somit ebenfalls informiert wurden:

Sehr geehrter Herr Präsident,

zur Beratung des Antrages des Bundesministeriums der Finanzen: Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands hier: Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach §4 Absatz 1 Nummer 1 ESM Finanzierungsgesetze (ESMFinG), der Hellenischen Republik nach Artikel 13 Absatz 2 ESM-Vertrages grundsätzlich Stabilitätshilfe in Form eines ESM-Darlehens zu gewähren; Verwendung der SMP-Mittel 2014 zur Absicherung einer Brückenfinanzierung (Drs. 18/5590) über den am Freitag, den 17. Juli 2015 abgestimmt werden wird, möchte ich folgendes bemerken und bitte Sie um Aufnahme in das Protokoll:

Die griechische Regierung hat durch ihr Verhalten, nicht zuletzt durch ihr undurchsichtiges Manöver eines Referendums gegen den politischen Kurs, den sie nun doch einschlägt, die Einigung über Finanzhilfen massiv erschwert. Das Vertrauen in die griechische Regierung, in Alexis Tsipras und den inzwischen zurückgetretenen Finanzminister Yanis Varoufakis war auf den Nullpunkt gesunken.

Dennoch haben sich die Bedingungen nun geändert. Die von unserer Bundeskanzlerin, nach den nächtlichen Verhandlungen in Brüssel, vorgestellten Ergebnisse lassen neu hoffen. Die Auflagen für weitere Hilfen, die die Institutionen EU, EZB und IWF für Griechenland auferlegen, sind zweifelsfrei hart. Die Menschen in Griechenland spüren die Krise härter denn je. Angesichts der Dramatik der Finanzsituation sind die Forderungen aber unausweichlich, denn dem europäischen Steuerzahler ist es nicht länger zuzumuten, in ein Fass ohne Boden zu investieren. Ein solcher Boden kann nur durch Einschnitte und Reformen geschaffen werden. Die ersten Reformgesetze, die das griechische Parlament diese Woche verabschiedet hat, zeigen, dass ein Großteil der Abgeordneten und der Regierung den Ernst der Lage realistisch erkannt hat und die Verantwortung für ihr Land wahrnimmt.

Andere europäische Länder mussten angesichts der Weltwirtschaftskrise solche Einschnitte vornehmen und haben sich damit, mit Unterstützung der europäischen Gemeinschaft, mit Erfolg gefangen. Die Strukturreformen, die der Hellenischen Republik auferlegt werden sollen, sind so fundamental, dass ich darin eine echte Basis für weitere Verhandlungen sehe. Um nicht mehr und nicht weniger geht es in der heutigen Abstimmung im Bundestag: Neue Verhandlungen sollen aufgenommen werden. Es geht noch nicht um die Zustimmung zu einem dritten Hilfspaket.

Die Signale aus Athen, dass die Regierung Tsipras bald den Weg für Neuwahlen freimachen könnte, erweckt zudem Hoffnung auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Der Zusammenhalt Europas ist ein hohes Gut. Terrorgefahr, kriegerische Auseinandersetzungen in der direkten Nachbarschaft, Hilfe für viele Flüchtlinge, die zu uns kommen – das sind Aufgaben, die wir als Europäer gemeinsam bewältigen müssen.

Europa ist mehr als der Euro. Davon bin ich als Europäerin überzeugt. Europa ist eine Wertegemeinschaft, nicht nur eine Gemeinschaft des Geldwertes. Europa steht für Frieden und Freiheit, für Menschenrechte, Gerechtigkeit, Meinungs- und Religionsfreiheit. Diese Werte basieren auf dem christlichen Menschenbild und der europäischen Kultur, an dessen Entstehung Griechenland schon immer einen Anteil hatte.

Zur Regierung Tsipras fehlt mir das Vertrauen. Aber zur deutschen Bundesregierung habe ich sehr großes Vertrauen. Deshalb werde ich für ein Verhandlungsmandat der Bundesregierung stimmen. Es gilt alle Chancen zu nutzen, um zusammenzuhalten, was zusammengehört: Unser Europa, unsere gemeinsame Heimat.

Antja Lezius MdB

Meine Antwort vom 18. Juli 2015 auf das obige Schreiben des Büros von Frau Lezius:

Sehr geehrte Frau Lezius,

ich hatte Ihnen am Donnerstag, dem 16. Juli als CDU-Abgeordnete u.a. für den Landkreis Bad Kreuznach hinsichtlich der Abstimmung im Bundestag zur Aufnahme von Verhandlungen zu einem weiteren Hilfspaket für Griechenland geschrieben und darin begründet, warum ich Sie bitte, mit Nein zu stimmen.

Ihre Büroleiterin – Frau Burger-Voß – hat mir, wie anscheinend vielen anderen Bürgern aus Ihrem Wahlkreis, welche Sie angeschrieben hatten – in einer kurzen, allgemein gehaltenen Mail geantwortet und die diesem Schreiben ebenfalls angefügten Anhänge zur Begründung mitgeschickt, warum Sie trotz aller Bedenken dennoch mit Ja gestimmt haben. Dieses Schreiben erhalten nun direkt alle oben aufgeführten Schüler / Abiturienten.

Ich verweise zunächst nochmals auf mein erstes Schreiben an Sie sowie auf weitere, teilweise wesentlich ausführlichere Ausführungen und Frageaktionen zu diesem Thema von mir u.a. auf meiner Internetseite, welche beispielsweise auf große Zustimmung bei Prof. Sinn vom ifo-Institut oder auch Ihrem CDU-Kollegen im Bundestag – Herrn Willsch – gestoßen sind.

Ich möchte nunmehr auf einige Punkte eingehen, die sich in Ihren mitgeschickten Ausführungen finden:

1. Sie schreiben aus meiner Sicht völlig zurecht, dass Europa mehr sei als der Euro und führen dabei die gemeinsame Wertegemeinschaft an, die uns in Europa verbindet oder jedenfalls verbinden sollte. Dazu gehören neben der Demokratie auch die Rechtsstaatlichkeit und das Vertrauen auf das Einhalten von Verträgen. All dies ist im Rahmen der sogenannten 'Rettungspolitik' auf vielfältige Weise häufig verletzt worden: Politiker versprachen den Deutschen, dass kein Land im Euroraum für die Schulden eines anderen haften werde und haben dies sogar rechtsverbindlich in einem Vertrag vereinbart. Dieser ist gebrochen worden: Griechenland wird seine Schulden, für die zu einem erheblichen Teil auch der deutsche Steuerzahler vertragswidrig haften müssen, niemals auch nur annähernd vollständig zurückzahlen. Aber es hat bereits jetzt schon einen Schuldenschnitt insofern gegeben, als dass Griechenlands Schuldentilgung in die ferne Zukunft verschoben, seine Zinsen für diese Schulden sehr deutlich nach unten subventioniert wurden und zudem erst wieder in einigen Jahren überhaupt zu zahlen sein werden. Laut einer Berechnung des renommierten und von Prof. Sinn geführten ifo-Institutes belaufen sich die allein daraus resultierenden Kosten für den deutschen Steuerzahler bereits auf ca. 43 Milliarden Euro. Und weitere sog. Umstrukturierungen der Schulden sind im Zuge des dritten Hilfspaketes in Planung. Hinzu kommen noch viele weitere Milliarden an Haftungssumme für den deutschen Steuerzahler, wenn die verbürgten Kredite endgültig platzen und damit das meiste, wenn nicht das ganze Geld verloren ist.

Und daran zweifelt meines Wissens kein ernst zunehmende Ökonom oder Finanzwissenschaftler. Falls Sie dennoch einen kennen sollten, der meint, dass Griechenland seine Schulden einschließlich Zinsen wird zurückzahlen können, nennen Sie uns diesen doch bitte. Neben den oben aufgeführten Verbindlichkeiten kommen noch die ELA-Kredite der Europäischen Zentralbank in Höhe von knapp 100 Milliarden Euro (deutscher Anteil ca. 27%) sowie vermutlich dreistellige Milliardenbeträge aus den Target II Salden (nähere Ausführungen finden sich bei mir auf der Internetseite sowie im Buch von Prof. Sinn: Die Targetfalle). Obwohl die Politik (zumindest offiziell) keinen Einfluss auf die Entscheidungen der EZB hat, so ist sie für viele Fehlkonstruktionen des Eurosystems im Allgemeinen sowie der Statuten der EZB bei Einführung des Ganzen verantwortlich: Diese Kritik bezieht sich nicht auf Sie persönlich Frau Lezius, sondern auf die damals verantwortlichen Politiker wie Helmut Kohl und auch Herrn Schäuble, den heutigen Finanzminister. Auch zu diesem Themenkomplex finden Sie in oben genanntem Buch von Prof. Sinn sowie auf meiner Internetseite weitere Erläuterungen.

2. Sie wie Herr Schäuble gehen hinsichtlich einer Teilabsicherung der neu auszuhandelnden Kredite an Griechenland von Erlösen aus einem Privatisierungsfonds – es sollen beispielsweise Häfen, Flughäfen und vieles mehr an private Investoren verkauft werden – in Höhe von 50 Milliarden Euro aus. Dadurch soll das Risiko u.a. für den deutschen Steuerzahler deutlich reduziert werden, weil ein erheblicher Teil dieser veranschlagten Erlöse zur Tilgung der auszugebenden Kredite vorgesehen ist. Einmal ganz abgesehen davon, ob sich dies dann auch wirklich politisch wird durchsetzen lassen, ist diese Summe völlig utopisch. Ich kenne keinen Ökonomen / Finanzwissenschaftler, der diese Summe nicht für vollkommen unrealistisch hoch ansieht. Wenn Sie mit Herrn Schäuble davon ausgehen, dass diese Summe realistisch angepeilt werden kann, nennen Sie uns doch einen ernst zunehmenden Wissenschaftler, der Ihre bzw. die von Herrn Schäuble genannte Summe ebenfalls für realistisch hält.

3. Trotz der gigantischen Summen, mit denen der deutsche Steuerzahler sowie die Steuerzahler der anderen Euroländer, welche teilweise über ein viel geringeres Wohlstandsniveau verfügen als Griechenland, vertragswidrig in Haftung genommen werden, sorgt dies in Griechenland keineswegs für Dankbarkeit, sondern für das genaue Gegenteil. Insbesondere die Deutschen bzw. die mit deutschem Steuergeld sehr großzügig umgehende deutsche Bundesregierung zieht die Wut der Menschen in Griechenland auf sich. Und nicht nur dort. Es gibt mittlerweile sogar Boykottaufrufe in Griechenland für deutsche Waren. Allerdings bezieht sich dieser Boykott natürlich nicht auf die anvisierten Kredite, für die Deutschland bürgt; unser Geld nimmt schließlich jeder gern. Es zeigt sich, dass der Euro in seiner derzeitigen Form mit all seinen Konstruktionsfehlern Europa und seine Menschen immer mehr spaltet, als dass er sie zusammenzuführen. Nicht nur ich, sondern viele andere haben davor schon seit sehr langer Zeit gewarnt und leider recht behalten.

4. Obwohl Sie der griechischen Regierung unter Herrn Tsipras verständlicherweise keinerlei Vertrauen entgegenbringen, haben Sie der Aufnahme von Verhandlungen zu einem dritten Hilfspaket für Griechenland zugestimmt. Ich kann dies nicht nachvollziehen. Zudem hat Herr Tsipras ja selbst gesagt, dass er überhaupt nicht von dem Hilfspaket überzeugt sei und nur aufgrund von Zwang – insbesondere aus Deutschland – dem zugestimmt habe. Selbst wenn es zu einem Regierungswechsel in Griechenland nach eventuell im Herbst stattfindenden Neuwahlen kommen sollte, bin ich mehr als skeptisch, dass dann alles vertragstreu umgesetzt werden würde, so wie in den letzten fünf Jahren der sogenannten Rettungspolitik auch: Vieles wurde kaum oder gar nicht von griechischer Seite vertragstreu realisiert.

Abschließend stelle ich Ihnen auch eingedenk des oben Geschilderten folgende Fragen:

1. Bestätigen Sie uns Bürgern, dass aufgrund der Umstrukturierung eines erheblichen Teils der griechischen Schulden (Verschiebung der Tilgungs- und Zinszahlungen sowie Heruntersubventionierung des Zinssatzes), dem deutschen Steuerzahler bereits Verluste in Milliardenhöhe entstanden sind?
2. Glauben Sie wirklich an Privatisierungserlöse in Griechenland in Höhe der von Ihnen wie Herrn Schäuble veranschlagten 50 Milliarden Euro und wenn ja, auf welchen Finanzwissenschaftler bzw. wissenschaftliche Studie beziehen Sie sich?
3. Sind Sie von der Bundesregierung über die Einschätzung des Internationalen Währungsfonds informiert worden, dass dieser die Schuldentragfähigkeit Griechenlands als nicht mehr gegeben ansieht? Die Frage bezieht sich auf das neueste Gutachten des IWF.
4. Glauben Sie wirklich, dass Griechenland die vorgesehenen Reformen durchführen wird?
5. Glauben Sie wirklich, dass Griechenland all seine Schulden mit Zinsen wird begleichen können?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Dieter Bottke

Antwort von Frau Lezius an mich vom 25. September 2015:

Sehr geehrter Herr Dr. Bottke,

vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihre Fragen zum Thema Rettungspaket Griechenland. Gern beantworte ich sie wie folgt, leider durch die sich überschlagenden Ereignisse etwas verspätet. Vorab eines: Sie fragen mich in Ihren Fragestellungen häufig, ob „ich glaube, dass...“. Lassen Sie mich deswegen zunächst klar sagen, dass es um eine Vertragserfüllung auf Treu und Glauben in dieser wichtigen Frage nicht geht. Wir zahlen erst, wenn die griechische Regierung Reformen umgesetzt hat und kontrollieren dies auch.

Zu Ihren Fragen im Einzelnen:

Frage 1:

„Bestätigen Sie uns Bürgern, dass aufgrund der Umstrukturierung eines erheblichen Teils der griechischen Schulden (Verschiebung der Tilgungs- und Zinszahlungen sowie die Heruntersubventionierung des Zinssatzes) dem deutschen Steuerzahler bereits Verluste in Milliardenhöhe entstanden sind?“

Bei den im Rahmen des ersten Anpassungsprogramms für Griechenland gewährten bilateralen Krediten fungierte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Auftrag des Bundes als Kreditgeberin. Die KfW operiert trotz der Reduzierung der Marge kostendeckend. Verluste für die KfW, die der Bund der KfW erstatten müsste, sind nicht entstanden. Kreditrückzahlungen sind erst ab 2020 vorgesehen.

Im Rahmen der Kredite des zweiten Anpassungsprogramms durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) sollen Tilgungsleistungen erst ab 2033 erfolgen. Ein Großteil der Zinszahlungen ist bis 2022 gestundet. Es ist vereinbart, dass Griechenland die Zinszahlungen nach Ablauf des Zinsmoratoriums nachholt. Für die Refinanzierungsgeschäfte der

EFSF stellt die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den anderen Garantiegebern Gewährleistungen bereit, eine Inanspruchnahme ist nicht erfolgt.

Frage 2:

„Glauben Sie wirklich an Privatisierungserlöse in Griechenland in Höhe der von Ihnen wie Herrn Schäuble veranschlagten 50 Milliarden Euro, wenn ja, auf welchen Finanzwissenschaftler bzw. welche wissenschaftliche Studie beziehen Sie sich?“

Griechenland hat sich verpflichtet, ein deutlich intensiveres Privatisierungsprogramm mit verbesserter Verwaltungspraxis zu entwickeln. Die griechische Regierung wird hierzu werthaltige Vermögenswerte in einen unabhängigen Fonds transferieren. Dieser Fonds wird von der griechischen Regierung unter Aufsicht der maßgeblichen europäischen Organe und Einrichtungen verwaltet. Die erwirtschafteten Erlöse des Fonds sollen 50 Mrd. Euro erreichen, von denen 25 Mrd. zur Rückzahlung der Bankenrekapitalisierungsmittel dienen. Die verbliebenen Erlöse sollen gleichwertig zur Verringerung des Schuldenstandes und für Investitionen verwendet werden.

Frage 3:

„Sind Sie von der Bundesregierung über die Einschränkung des Internationalen Währungsfonds informiert worden, dass dieser die Schuldentragfähigkeit Griechenlands als nicht mehr gegeben ansieht? Die Frage bezieht sich auf das Gutachten des IWF.“

Die Tragfähigkeit der griechischen Staatsschulden hat sich nach Feststellung der Europäischen Kommission seit Ende des letzten Jahres erheblich verschlechtert. Der Internationale Währungsfonds kommt in seiner Analyse zu einem noch negativeren Schluss. Danach deutet die Verschlechterung der Schuldentragfähigkeit auf die Notwendigkeit von Schuldenerleichterungen hin.

Ein Schuldenschnitt ist aufgrund der europäischen Verträge jedoch nicht möglich. Grundlage der Entscheidung über das dritte Hilfspaket im letzten Monat war die erzielte Grundsatzvereinbarung zwischen Griechenland und seinen Geldgebern. Die drei Institutionen EZB, EU und IWF haben sich dabei auf ein ‚Memorandum of Understanding‘ (MoU) verständigt, welches sowohl Reformauflagen an die griechische Regierung binnen der nächsten Jahre sowie eine Reihe von Vorabmaßnahmen, genannt ‚prior actions‘, vorsieht. Die Vereinbarung enthält eine Vielzahl von weitreichenden und sehr umfangreichen Reformen, die nahezu alle Bereiche der griechischen Wirtschaft betreffen.

Frage 4:

„Glauben Sie wirklich, dass Griechenland die vorgesehenen Reformen durchführen wird?“

Der Wiederaufbau von Vertrauen war aus Sicht der Bundesregierung die Kernvoraussetzung für die erzielte Vereinbarung über ein neues Anpassungsprogramm für Griechenland. Daher hat der Euro-Gipfel von Griechenland zunächst die Erfüllung konkreter Bedingungen verlangt, um den Reformwillen zu dokumentieren und so Vertrauen wiederherzustellen. Zu diesen Bedingungen gehört u.a. die inzwischen erfolgte Verabschiedung von konkreten Reformmaßnahmen, wie beispielsweise in den Bereichen der Mehrwertsteuer und der Rente durch das griechische Parlament. Auf dieser Basis waren die Voraussetzungen für eine Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Erteilung eines Verhandlungsmandats für ein neues Programm gegeben.

Das neue Mandat und damit den Vertrauensbeweis, den die Regierung Tsipras vom griechischen Volk auch zur Umsetzung der Reformen erhalten hat, enthebt sie dabei nicht von der Verantwortung. Die Vereinbarungen müssen umgesetzt werden. Natürlich sind Zweifel

erlaubt. Aber angesichts der schon erfolgten Vorabmaßnahmen wäre es unverständlich, die Chancen zum Neubeginn nicht zu nutzen.

Wenn Griechenland dabei alles umsetzt, was nun beschlossen worden ist, dürfte das Land in den nächsten drei Jahren finanzpolitisch wieder auf einen nachhaltigen Weg gelangen und sich selbst – ohne Garantien des Europäischen Rettungsschirms – an den Finanzmärkten finanzieren können.

Frage 5:

„Glauben Sie wirklich, dass Griechenland all seine Schulden mit Zinsen wird begleichen können?“

Griechenland hat sein klares Bekenntnis bekräftigt, allen finanziellen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern vollständig und pünktlich nachzukommen. Die Bundesregierung erwartet, dass Griechenland sich an Verträge hält.

Eine detaillierte Übersicht zum Thema Stabilisierung des Euroraums, die auch auf die Hilfen an einzelne Staaten eingeht, finden sich auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen:

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/StabilisierungdesEuroraums.html>

Beachten Sie darüber hinaus die beigegefügte Übersicht. In der Hoffnung, Ihre Fragen beantwortet zu haben, verbleibe ich und übersende Ihnen ebenfalls beste Grüße an die AG Wirtschaft

Antje Lezius MdB

Meine Antwort auf das letzte Schreiben von Frau Lezius vom 30. September 2015:

Sehr geehrte Frau Lezius,

zunächst begrüße, ich es, dass Sie nunmehr ein Antwortschreiben geschickt haben:

Zu Frage 1:

Es ging dabei um nicht um direkte Zinszahlungen Deutschlands bzw. der bundeseigenen KfW, sondern um eigentlich erzielbare Zinsgewinne, welche durch die Subventionierung des niedrigen Zinssatzes für Griechenland sowie der zeitweisen Aussetzung und weiteren Streckung der Rückzahlungen dem deutschen Staat entgehen. Allein diese Kosten belaufen sich nach Berechnungen des ifo-Institutes bereits auf ca. 43 Milliarden Euro, wie ich es Ihnen auch geschrieben habe. Sie sind darauf mit keinem Wort eingegangen und haben entweder die Frage nicht verstanden oder wollten dies nicht.

Im Übrigen vertreten alle mir bekannten nationalen wie internationalen Ökonomen die Ansicht, dass das oben von mir erwähnte Vorgehen einem teilweisen Schuldenschnitt gleichkommt und zwar unabhängig davon, ob sie die sog. Rettungspolitik der Bundesregierung bzw. der Institutionen befürworten oder nicht.

Zu Frage 2:

Auch diese Frage, bei welcher es darum ging, wie realistisch die Annahme von Privatisierungserlösen in Griechenland in Höhe von 50 Milliarden Euro geht, beantworten Sie gar nicht, sondern schreiben einfach nur, dass das Ziel dieser Erlöse vereinbart worden sei und wie diese dann verteilt werden sollten. Ich bat Sie daher in meinem Schreiben an anderer Stelle, auch nur einen Ökonomen zu nennen, der die genannte Größenordnung für realistisch hält. Hierauf antworteten Sie nicht, weil es keinen gibt!

Zu Frage 4:

Den Optimismus Ihrer Antwort zu dieser Frage kann ich aufgrund der Erfahrungen der letzten 5 Jahre und vor allem dieses Jahres mit der griechischen Politik und Verwaltung nicht teilen, insbesondere die von Ihnen im letzten Abschnitt erwähnte voraussichtliche Rückkehr Griechenlands an die Finanzmärkte ohne Garantien aus dem Rettungsschirm. Ihre kurzen Ausführungen zur Begründung Ihrer diesbezüglichen Zuversicht sind sehr dürftig und stehen im Widerspruch zu vielen auch im Bundestag gemachten Äußerungen vieler Redner Ihrer Fraktion unter anderem im Deutschen Bundestag, aber auch in den Medien. Es handelte dabei sowohl um jene, welche letztlich für die Rettungspakete gestimmt, als natürlich vor allem um jene, welche dagegen gestimmt haben. Aber gut, wir werden ja in nächster Zeit erleben, ob bzw. inwieweit Sie mit Ihrem Optimismus richtig liegen oder eben nicht.

Zu Frage 5:

Auch diese Frage beantworten Sie nicht, sondern schreiben lediglich, dass sich Griechenland zur Erfüllung aller finanziellen Verpflichtungen bekannt hat. Ich bitte Sie, das ist doch überhaupt keine Antwort auf die Frage, ob Griechenland seinen Verpflichtungen auch wirklich nachkommen will oder überhaupt kann.

Die von Ihnen in der zweiten Datei mitgeschickten Zahlenwerke / Statistiken beantworten die von mir gestellten Fragen keineswegs auch nur annähernd hinreichend oder tragen entscheidend dazu bei.

Leider bestätigen Sie mit Ihrem Schreiben viele Vorurteile gegenüber 'den Politikern', welche auf berechnete Fragen von Bürgern nicht eingehen, sondern gezielt daran vorbei antworten. Obgleich ich keiner Partei angehöre oder angehört habe, zähle ich mich als selbständiger Unternehmer zum sog. bürgerlich-liberalen Lager. Ich spreche sowohl im Rahmen meiner beruflichen wie ehrenamtlichen Tätigkeiten daher auch viel mit Menschen aus diesem Bereich: Sie sollten wissen, dass Sie u.a. mit solchen Antworten viele klassische Wähler der Union sehr verprellen, enttäuschen oder gar völlig frustrieren. Ich weiß nicht, inwieweit Ihnen die Stimmung gerade in diesen Kreisen bewusst ist.

Ich biete Ihnen daher an, nochmals Ihre Antworten zu überarbeiten und zumindest auf den Kern der Fragen einzugehen. Wenn Sie es wünschen, können wir auch gerne ein persönliches Gespräch in Ihrem Wahlkreisbüro in Bad Kreuznach vereinbaren. Sie können mir am besten per Mail Terminvorschläge zukommen lassen, wenn Sie an einem solchen Gespräch interessiert sein sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Dieter Bottke

Es fand ein Gespräch zwischen der Abgeordneten und mir im Wahlkreisbüro in Bad Kreuznach zusammen mit einem ihrer Mitarbeiter statt. Dieses Gespräch verlief sachlich im Ton, aber inhaltlich ging sie nicht auf die entscheidenden Punkte ein, sondern spulte stur und völlig uneinsichtig das Gleiche, wie es im obigen Schriftwechsel nachzulesen ist, ab. Mein Eindruck war einerseits, dass sie fachlich teilweise völlig überfordert war und andererseits keinerlei Bereitschaft zeigte, auf auch für Laien einfach nachvollziehbare Argumente und Zusammenhänge, die ich in unserem Gespräch vorbrachte, einzugehen. Und bei ihr handelt es sich um eine Volksvertreterin, die über die Zukunft unseres Landes im Bundestag mit entscheidet.

Ein ganz anderes, positives Beispiel für das Verhalten eines Politikers ist jenes ihres CDU-Fraktionskollegen Herrn Willsch: Er hatte konstruktiv und sachlich im Rahmen einer Frage-

aktion im Jahr 2012 zum Themenkomplex ‚Euro und EU‘ geantwortet: Dies kann man auf meiner Seite unter dem Punkt ‚Eurokrise‘ nachlesen: www.drbotke.de

Ich würde viel lieber öfter über solch positive Reaktionen berichten, nur kann ich es zu meinem größten Bedauern nicht:

Der ebenfalls von mir angeschriebene Dr. Gysi von der Linkspartei hat mir die Antworten durch einen seiner Mitarbeiter in seinem Namen zukommen lassen. Positiv zu bewerten ist zunächst die Tatsache, dass ich überhaupt Antworten erhielt. Da aus meiner Sicht jedoch nachweislich Unzulänglichkeiten durch Weglassen wichtiger Sachverhalte, Nichteingehen auf zuvor von mir vorgebrachte Argumente sowie sachliche Fehler in jenen Antworten enthalten waren, schrieb ich nochmals an Herrn Dr. Gysi bzw. seinen Mitarbeiter und wies sachlich auf all dies hin. Diese Argumente sind auf oben genannter Internetseite in den Kommentaren zu den Antworten zu nachzulesen. Dieses Schreiben war mit der Bitte um eine Antwort verbunden. Diese blieb jedoch leider aus.

Es ist auch in diesem Fall wie so oft zuvor und danach gewesen: Weist man Politikern Unzulänglichkeiten oder gar Fehler nach, reagieren sie entweder **ausweichend** oder **antworten erst gar nicht!**

Heute leben wir in Zeiten, in denen es für Normalsparer nicht nur keine Zinsen mehr auf dem Konto gibt, sondern sogar nicht Strafzinsen drohen, während der Staat Geld beim und mit dem Schuldenmachen verdient! **Und das alles soll nichts, aber auch gar nichts mit dem Euro, der sogenannten Rettungspolitik oder der EZB zu tun haben?!**